

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 34 (1993)
Heft: 12

Artikel: Ähnliche Probleme - ähnliche Lösungen? : Zur wirtschaftspolitischen Lage in Mitteleuropa
Autor: Scherrer, Monika
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1096004>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zur wirtschaftspolitischen Lage in Mitteleuropa

Ähnliche Probleme – ähnliche Lösungen?

Ohne Zweifel sind die vier mitteleuropäischen Staaten Tschechische und Slowakische Republik sowie Polen und Ungarn mit den Wirtschaftsreformen am weitesten vorangeschritten. Die vier Länder aber miteinander zu vergleichen, ist insofern schwierig, als die wirtschaftsrelevanten Zahlen von teilweise unterschiedlichen Grundlagen ausgehen und darüber hinaus Tschechien und die Slowakei erst seit wenigen Monaten als eigenständige Staaten existieren. So beschränken wir uns auf eine Kurzdarstellung der am SOI-Seminar gehaltenen Referate.

Sowohl Martin Kupka, Berater des tschechischen Wirtschaftsministers, als auch der Handelsrat der slowakischen Botschaft in Bern, Norbert Zimmer, stellten fest, dass das politische Leitmotiv des Jahres 1992 die Trennung der tschechoslowakischen Föderation in die beiden unabhängigen Republiken Tschechien und Slowakei waren. Dementsprechend schwierig ist es, zuverlässige Wirtschaftszahlen zum heutigen Zeitpunkt überhaupt nennen zu können.

Auf Trennung vorbereitet

Noch vor der sogenannten «sanften Scheidung» vom 1. Januar 1993 wurden im Hinblick auf die Trennung einige bilaterale Verträge angenommen. Sie sollten materiell die Schäden der Trennung beidseitig minimalisieren und politisch die Zukunft guter Nachbarschaft vorbereiten. Gleichzeitig indessen wurde die Arbeit der Wirtschaftspolitiker auch durch externe Faktoren erschwert, insbesondere durch den Zerfall der «östlichen» Märkte und durch die Rezession in den Ländern entwickelter Marktwirtschaft.

Zur Privatisierung meinte Kupka, hier sei schon seit längerer Zeit klageworden, dass die Wirtschaftstransformation auf die Dauer nur dann zum Erfolg führt, wenn auch das Privatisierungsprogramm erfolgreich verläuft. Anders fehlt es der Wirtschaft am Motor zum gesteigerten Angebot.

Die Vielfalt der Privatisierungsmethoden spiegelt unter anderem den Wunsch nach möglichst viel sozialer Gerechtig-

keit bei möglichst wenig Behinderung der Abläufe. Es gibt die Restititionen (Eigentumsrückgabe), es gibt das Recht der Regierung auf Kontrolle der Direktverkäufe und der Privatisierung von Grossunternehmen, es gibt die Coupon-Privatisierung (mittels Anteilscheinen), es gibt eine Beschränkung für ausländische Käufer, sich an der kleinen Privatisierung zu beteiligen usw. Das alles bedeutet vielfältige Rücksichtnahme auf Kosten der Vereinfachungseffizienz.

Die Zahl der Genehmigungen zur Führung von Privatbetrieben (die Umsetzung ist dann noch eine andere Frage) stieg bis Ende 1992 auf 1,2 Millionen; sie ist 14mal höher als Ende 1989. Allerdings hat sich der Zuwachs verlangsamt. Betrug er 1991 noch flotte 60 000 pro Monat, reduzierte er sich 1992 auf 13 000 pro Monat.

Norbert Zimmer verwies darauf, dass im Zusammenhang mit der erst kürzlich in Kraft getretenen Unabhängigkeit der Slowakei damit gerechnet werden muss, dass manche Aspekte der Wirtschaftspolitik korrigiert werden, um den Gegebenheiten und spezifischen Voraussetzungen der slowakischen Wirtschaft Rechnung zu tragen. Die hohe Arbeitslosigkeit von rund zwölf Prozent verlangt eine starke Implementierung von sozialen Massnahmen. Alle anderen Gesetzesanpassungen sollten prioritär zur Förderung des Zuflusses von ausländischem Kapital beitragen.

Das wichtigste Merkmal der wirtschaftlichen Entwicklung im letzten Jahr war die Eigentumstransformation der slowakischen Wirtschaft. Ende Dezember 1992 waren es rund 22 000 Firmen, die unternehmerische Aktivitäten ausgeübt haben, davon 17 000 Privatfirmen. Der Volkseinkommensanteil des Privatsektors beträgt rund 25 Prozent.

Hoffen auf das Ausland

Die slowakische Wirtschaft leidet derzeit unter einer ungenügend diversifizierten Struktur der Industrie, deren unlogische regionale Konzentration und die Profilierung zur Herstellung von Halbfabrikaten in Form von Sublieferungen. Zur Lösung dieser Probleme

Tschechien: Privatisierung als Conditio qua non

fehlt es an verfügbarem Kapital und an manchem Know-how.

Die Slowakei disponiert mit nur ungenügenden Staatshaushalts- und Kreditquellen und hofft deshalb, dass möglichst schnell die Privatisierung mit Hilfe ausländischen Kapitals vorangetrieben werden kann. Entsprechende Gesetze sollen ausgearbeitet werden. Darüber hinaus sollen ausländische Investitionen erleichtert werden, indem attraktivere Voraussetzungen im Bereich Steuervergünstigungen, vorteilhafte Abschreibungsmöglichkeiten, Steuerferien usw. ermöglicht werden sollen.

Die Regierung ist unter grossen Druck geraten, wobei die unerwartet rasche Auflösung der Währungsunion und die aufgezwungene Bildung der Grenzen zwischen der tschechischen und der slowakischen Republik die beiden neuen Staaten vor unerwartete logistische Schwierigkeiten gestellt hat. Die negativen Konsequenzen für beide Staaten liessen nicht lange auf sich warten. Der Warenumsatz im gegenseitigen Aussenhandel weist eine starke Volumensenkung auf. Man schätzt, dass sie zwischen 30 und 50 Prozent beträgt.

Slowakei: Erleichterungen fürs Ausland

Josef Aregger, Botschaftsrat an der Schweizer Botschaft in Warschau, verwies darauf, dass die polnischen Statistiken erste Anzeichen eines wirtschaftlichen Aufschwungs zeigen. Aufs ganze Jahr gerechnet wuchs das Bruttosozialprodukt um 1,2 Prozent, obwohl die ausserordentliche Trockenheit einen zwanzigprozentigen Rückgang der Ernterträge zur Folge hatte. Trotz der weiterhin real rückläufigen Löhne wächst der persönliche Konsum, und er ist als eigentlicher Motor des Wachstums zu betrachten. Daraus ist zu schliessen, dass die Schattenwirtschaft weiterhin eine grosse Rolle spielt.

Politische Unsicherheiten

Zum politischen und rechtlichen Umfeld meinte Aregger, es bestehe kein Zweifel, dass Polen heute im grossen und ganzen ein Rechtsstaat sei. Probleme bezüglich der Rechtssicherheit hingegen gibt es zuhauf. Zu Recht oder zu Unrecht beanstanden viele, dass trotz des System-

wechsels Gesetze des alten Regimes weiterhin gelten. In der Folge setzt man sich über klare Gesetzesbestimmungen hinweg und beruft sich zur Begründung beispielsweise auf die moralische Autorität der Kirche.

Die Politiker sind oftmals selbst orientierungslos und reagieren nicht, zu spät oder falsch. Dem Staat selbst, das heisst seinen Organen, der Polizei, dem Justizapparat, der Verwaltung fehlen die personellen und finanziellen Mittel sowie eine genügende Infrastruktur, um das geltende Recht durchzusetzen.

Die Probleme betreffen mangelnde Kompetenz bei der Gesetzesauslegung, langsame Entscheidungsfindung, an Willkür grenzenden Gebrauch des Ermessensspielraums, Gesetzeslücken, Abschaffung alter Regelungen ohne adäquaten Ersatz. Die Folge ist wachsende Korruption, ausufernde Bürokratie und Faustrecht. Die Menschen wenden sich nicht an die staatlichen Organe, um ihr Recht durchzusetzen, sondern an Detektivbüros und Inkassostellen, die oftmals mit wenig zimperlichen Methoden ihren Auftraggebern das verschaffen, worauf sie behaupten, Anspruch zu haben.

Die fehlende Gesetzgebung im Bereich der Reprivatisierung stellt eine zusätzliche Ursache für die fehlende Rechtssicherheit dar und verzögert oft Investitionsentscheide. Seit dem 1. Januar 1992 ist ein Steuergesetz über die einheitliche Besteuerung der Privateinkommen in Kraft getreten. Bereits ab einem steuerbaren Einkommen von umgerechnet 12 000 Franken gilt der Maximalbesteuerungssatz von 40 Prozent. Dazu kommen noch die hohen Sozialabgaben von derzeit 48 Prozent des Bruttolohns.

Trotz dieser Schwierigkeiten, so Aregger, ist Polen ein interessanter Markt, ein Land nicht unbegrenzter, aber ein Land vieler Möglichkeiten, wohl auch ein Land mit Tücken, und unternehmerisches Geschick wird in diesem mitteleuropäischen Land mehr belohnt als in vielen etablierten Marktwirtschaften.

Norbert Mühlenbach, Koordinator der EG-Hilfe in Ungarn, meinte, gemessen am EG-Standard erinnere Ungarn an Portugal, bevor es Mitglied der EG wurde. Dank bereits früher eingeleiteter Reformen, die bis in die späten 60er Jahre zurückgehen, wurde der Umwandlungsprozess hin zur Marktwirtschaft als weniger brutal empfunden als in den übrigen mittel- und osteuropäischen Ländern.

Ein schwerer Schlag für Ungarn wie für die anderen ehemaligen COMECON-Staaten war 1991 der Zusammenbruch des COMECON-Interhandel-Systems. Trotz dieser delikaten Situation und der

**Polen:
Gewisse Rechtsunsicherheiten**

**Ungarn:
Wirtschaftsgulasch macht sich heute bezahlt**

Seminar-Dokumentation

Interessieren Sie sich für Referate, die am 2tägigen SOI-Seminar gehalten wurden? Dann bestellen Sie doch die entsprechende Dokumentation beim SOI-Sekretariat, Telefon 031 43 12 12.

1. Tag: Referate zur wirtschaftspolitischen Lage in Tschechien, der Slowakei, Polen, Ungarn und das Baltikum.
2. Tag: Referate über Handel und Hilfe für Mittel- und Osteuropa; Der

Schutz des geistigen Eigentums; Freihandelsabkommen, Grenzformalitäten und Verfahren; Freihandelsabkommen der Schweiz, Ursprungsregeln und Ursprungsnachweis; Zollgesetz der Tschechischen Republik sowie Finanzierung des Ost-West-Handels.

Die Dokumentation kostet je Fr. 50.—, beide zusammen zum ermässigten Preis von Fr. 80.— (inkl. Versand).

hohen Aussenverschuldung gelang es Ungarn jedoch, sich nach aussen hin wirtschaftlich umzugestalten und nach innen hin eine Währungskrise abzuwenden. Parallel dazu wurde eine Reform eingeleitet, die dazu führte, dass sich der private Wirtschaftssektor rapide entwickelte und Marktmechanismen zu spielen begannen.

Günstige Ausgangslage

Der Privatisierungs- und Restrukturierungsprozess war zu Anfang der wirtschaftlichen Wandlung beinahe nur als Instrument zu sehen, ausländische Investoren ins Land zu bringen. Bald wurde aber die Reorganisation von Staatsbetrieben und der Restrukturierungsprozess herbeigeführt und durch Konkurse aktiv unterstützt. Das Ziel der ungarischen Regierung besteht darin, bis Ende 1994 die Hälfte aller Staatsbetriebe und langfristig bis zu 80 Prozent der staatlichen Unternehmen zu privatisieren. Eine staatliche Treuhand, ähnlich der deutschen Treuhand, wurde ins Leben gerufen, und bis Ende 1992 wurden etwa 18 Prozent der Staatsbetriebe verkauft.

Im Bereich des unternehmerischen Mittelstandes stiegen die Einheiten von 15 000 im Jahre 1989 auf 65 000 bis September 1992. Der Anteil der Unternehmen mit weniger als 20 Angestellten schnellte in derselben Zeit von 38 Prozent auf 78 Prozent.

Es gibt aber Sektoren, in denen die Umwandlung erst am Anfang steht und dies sich sogar negativ auf die gesamte Wirtschaft auswirkt. Das verspätete Angehen der Reform des Finanzsektors verlangsamte erheblich den Restrukturierungsprozess der Wirtschaft. Für das laufende Jahr ist eine Priorität der ungarischen Wirtschaft, das Problem der Rekapitalisierung und auch Privatisierung der Banken zu lösen.

Ein anderer Bereich ist die Landwirtschaft, die von einer schwachen Restrukturierungspolitik gekennzeichnet wird. Man kann hier eher von Auflösung der alten Struktur sprechen, aber man erkennt nur schwerlich, wohin dieser Sektor sich wenden wird. Deshalb auch ist der Landwirtschaftsbereich überdurchschnittlich hart betroffen.

Ein besonderes Augenmerk gilt dem Infrastrukturbereich (Transport, Energie, Telekommunikation und Umwelt). Modernisierung und Erweiterung sind hier vonnöten. Niedrige Qualitätsstandards und politische Ungewissheiten im Lösen dieser Probleme lassen nur langsam eine Verbesserung herbeirufen.

Die langsame Steuerreform, die rechtlich oft ungeklärte Lage und das zu zaghafte Vorgehen an der Privatisierungsfrente führen zu Engpässen, die sich oft abschreckend auf potentielle Investoren auswirken. Auch hier greift das technische Hilfsprogramm PHARE ein, und im Rahmen des Assoziierungsabkommens werden Mittel zur Verfügung gestellt, die es Ungarn ermöglichen, eine Harmonisierung der Normen und der Qualität auf längere Sicht zu bewerkstelligen, um EG-Niveau zu erreichen.

Monika Scherrer